**Friedhelm Hengsbach**

Friedhelm Hengsbach SJ wurde 1937 in Dortmund geboren. Nach dem Abitur trat er 1957 als 20-Jähriger in den Jesuitenorden ein und studierte 1959 bis 1962 Philosophie in München, später Theologie und Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main und Bochum. Er promovierte zur Frage der Assoziierung afrikanischer Staaten an die Europäischen Gemeinschaften und habilitierte 1982 über Arbeitsethik. 1967 erhielt er das Sakrament der Priesterweihe. Von 1977 bis 1982 war er Lehrbeauftragter, von 1985 bis zu seiner Emeritierung 2005 Professor für Christliche Sozialwissenschaft bzw. Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. Er leitete von 1992 bis 2006 das nach Oswald von Nell-Breuning benannte Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik.

Hengsbachs Arbeiten kreisen um die Themen Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Verbindung von Erwerbssystem und sozialer Sicherung, politische Wirtschaftsethik und die Theorie demokratiefähiger Marktwirtschaften. Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen zählen: „Aus der Schieflage heraus: Demokratische Verteilung von Reichtum und Arbeit“ (mit Matthias Möhring-Hesse, Bonn 1999), „Die andern im Blick. Christliche Gesellschaftsethik in den Zeiten der Globalisierung“ (Darmstadt 2001) und „Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient“ (Freiburg im Breisgau 2004).

*Kontakt* Professor Friedhelm Hengsbach SJ
Frankenthaler Straße 229
67059 Ludwigshafen
Deutschland

# Durch die Weltfinanzkrise ist die Gesellschaft aufgewacht

Adelbert Reif im Gespräch mit Professor Friedhelm Hengsbach

***Die Weltfinanzkrise, deren Folgen in allen ihren Einzelheiten noch gar nicht abzusehen sind, hat den Mythos von der „Richtigkeit" neoliberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik mit einem Schlag zerstört. Selbst Horst Köhler, der deutsche Bundespräsident, und von seiner einstigen Profession als Direktor des Internationalen Währungsfonds ein „Mann der Wirtschaft", erklärte kürzlich: „Die Finanzmärkte sind zu einem Monster geworden." Inzwischen bekennen immer mehr Bank- und Finanzexperten, dass sie die Vorgänge auf den Märkten nicht mehr durchschauen, geschweige denn sie beherrschen. Und dennoch gibt es in den führenden Industriestaaten noch immer genügend Wirtschaftsführer und Politiker, die aus Ignoranz, gekoppelt mit überkommenen Machtansprüchen, die Welt weiter im Fahrwasser eines maroden Kapitalismus halten wollen, wo es in Wirklichkeit darauf ankäme, radikale Lösungen zu finden. „Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst" (Karl Marx). Diese Radikalität im Sinne eines ethischen Umdenkens und einer grundlegenden Umstrukturierung der Wirtschaft fordert Professor Friedhelm Hengsbach SJ, der von 1985 bis zu seiner Emeritierung 2005 als Professor für Christliche Sozialwissenschaft bzw. Wirtschafts- und Gesellschaftsethik am Oswald von Nell-Breuning Institut der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main lehrte, im folgenden Gespräch ein.***

**conturen:** Herr Professor Hengsbach, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise dauert an und es ist kein Ende in Sicht. Seit wann zeichneten die Symptome ab, dass es so wie bisher mit dem neoliberalen Finanzgebaren und der neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht weitergehen könne und irgendwann zu einem enormen Crash kommen müsse?

**Hengsbach:** Die Krisenphänomene und die Funktionsdefizite der Wirtschaft wurden seit Mitte der 70er-Jahre deutlich. 1979 wurde aufgrund innerer Spannungen und weil die Vereinigten Staaten mit dem Dollar ihre Funktion nicht mehr wahrnehmen konnten, das finanzpolitische System von Bretton Woods aufgekündigt. Mit festen Wechselkursen hatte es immerhin 30 Jahre lang eine erstaunliche Stabilität erreicht. Durch die starke Abwertung des Dollars nach der Aufkündigung des Systems kam es zu einem

***Die Krisenphänomene wurden bereits Mitte der 70er-Jahre deutlich***

*Riesige Umschichtungen der Einkommen brachten Finanzinstitutionen zum Blühen*

drastischen Anstieg des Rohölpreises. Dies führte weltweit zu riesigen Einkommensumschichtungen, was die Finanzinstitutionen und deren Tochtergesellschaften in den einzelnen Ländern, die Banken, Versicherungen und Investmentfonds, aufblühen ließ. Damit hing natürlich zusammen, dass das Geld in den reichen Gesellschaften nicht mehr in erster Linie als Tauschmittel fungierte, sondern immer auch als Wertspeicher geschätzt wurde, also als Vermögensgegenstand, konkurrierend mit anderen Vermögensgegenständen wie Anlagen, Gebäuden oder langfristigen Gebrauchsgütern.

*Umdenken durch den „Club of Rome"*

Zum zweiten zeigten sich die Begrenzungen der natürlichen Ressourcen, die der Club of Rome in seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums" darstellte. Dieser 1972 veröffentlichte Bericht wirkte wie ein Signal: So kann diese Wirtschaft nicht weitergehen, dass man in die Sparbüchse der Natur greift und was in Milliarden Jahren angesammelt wurde, für eine Generation verbraucht. Und schließlich kam die um diese Zeit in allen europäischen Ländern entstehende Massenarbeitslosigkeit hinzu, deren Sockel seither nicht mehr beseitigt werden konnte.

*Der Finanzkapitalismus bestimmte zunehmend die Wirtschaft*

Diese Krisenereignisse markieren gleichsam das Ende der Nachkriegszeit und es kamen wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch neue Ideen auf. Man erkannte, dass die Krise mit den herkömmlichen Methoden wie Inflation oder Nachfrageankurbelung nicht lösbar war, sondern grundsätzlich eine andere Politik gefahren werden musste. Milton Friedman in den Vereinigten Staaten und Friedrich August von Hayek waren die Vertreter eines marktradikalen liberalen Finanz- und Wirtschaftsstils. Von da ab bestimmte der Finanzkapitalismus in zunehmendem Maße die Wirtschaft. Ein weiterer Schub erfolgte durch die monetäre Revolution, die den Shareholder Value zu einer neuen Doktrin erhob. Der Wert eines Unternehmens konnte nun nicht mehr am Markterfolg abgelesen werden, sondern an einer Finanzkennziffer.

**conturen:** Worin unterscheidet sich die gegenwärtige Weltkrise von den Krisenphänomenen der 70er-Jahre wie etwa der Ölkrise?

*Shareholder Value indizierte nicht den aktuellen, sondern den künftigen Wert eines Unternehmens*

**Hengsbach:** Die Ölkrise hatte eine realwirtschaftliche Grundlage. Ihr Auslöser war der Preisanstieg, in dessen Hintergrund aber entsprechende realwirtschaftliche Prozesse standen. Auslöser der gegenwärtigen Finanzkrise dagegen war eine tendenzielle Abkoppelung der Finanzgeschäfte von der realen Wirtschaft. Das lässt sich wieder an dem Shareholder Value festmachen. Dieser spiegelt keinen Vergangenheitswert und auch kein Gegenwartsereignis, sondern Zukunftserwartungen, wie sich die Finanzströme eines Unternehmens im nächsten Jahr entwickeln werden. Wenn ein Unternehmen glaubhaft machen kann, dass die Finanzströme für seine unmittelbare und mittelbare Zukunft gut aussehen und es entsprechende Kapitaleigner findet, die ihm das abnehmen, dann steigt der Kurs. Der Spiegel dieses Erwartungswertes Shareholder Value ist wiederum ein Erwartungswert, nämlich der Aktienkurs. Diese virtuelle Welt, die sich mehr und mehr von den realwirtschaftlichen Prozessen, von der Qualifikation der Unternehmensbelegschaften, von den Interessen der Kunden oder von der Ein-

*Eine virtuelle ökonomische Welt*

bettung eines Unternehmens in eine Gesellschaft, eine Stadt oder ein Land, abgekoppelt hat, stellt eine ganz entscheidende Ursache für die gegenwärtige Finanzkrise dar.

*Schädliche Abkoppelung von der Realwirtschaft*

**conturen:** Unmittelbar nach dem jetzigen Weltfinanzdebakel wurden von Politik und Wirtschaft „Notmaßnahmen" eingeleitet mit dem Ziel einer zumindest vorläufigen Schadenseindämmung. Als wie tragfähig in der Praxis beurteilen Sie diese Maßnahmen?

**Hengsbach:** Ich bin äußerst skeptisch, ob diese Rettungspakete die Ursache tatsächlich an der Wurzel packen. Der deutsche Finanzminister erklärte, es bleibe gar nichts anderes übrig, als die Unfallstelle zu räumen, auch wenn die Ursache dieses Desasters Brandstiftung gewesen sei. In der Folge wurden Ad-hoc-Maßnahmen zur Überwindung der Krise ergriffen, die genau denselben Charakter von Kurzatmigkeit sowie übertriebenen und isolierten Reaktionen zeigen, der vordem das Geschehen auf den Finanzmärkten bestimmte. Das heißt, die Art und Weise, wie politisch reagiert wird, ähnelt dem Verhalten der Finanzakteure, die auf den Finanzmärkten diese Krise verursacht haben. Das sieht man auch an den weiteren Aktivitäten. Jetzt hat sich die Autoindustrie an diese Krise drangehängt: Hektisch werden Versuche unternommen, Autos kaufen zu lassen. Funktioniert das nicht, sollen „Konsumgutscheine" verteilt werden. Alle diese Maßnahmen offenbaren nur eines: Ziel- und Planlosigkeit.

*Kurzatmige Sofortmaßnahmen*

*Ziel- und Planlosigkeit*

Natürlich kann man sagen, die Unfallstelle liege im Nebel. Aber wer hat diesen Nebel verursacht? Und wer ist daran interessiert, dass dieser Nebel bleibt? Die Bankenvertreter gestehen ein, Fehler gemacht zu haben. Sie geben jedoch nicht an, worin diese Fehler bestanden. Und der Staat weiß es möglicherweise auch nicht. Das ist bei diesen Rettungspaketen ganz deutlich zu beobachten. Man setzt um jeden Preis auf Aktivitäten, ohne zu wissen, ob sie auch helfen. Es könnte ja sein, dass Opiate verteilt wurden, die den Banken die Möglichkeit geben, ihre Geschäfte einfach so weiter zu betreiben wie bisher: riskant und ohne Abschätzung der Risikoketten.

*Man setzt auf Aktivitäten, ohne zu wissen, ob sie helfen*

Dieses ratlose Verhalten der Politiker hängt aus meiner Sicht damit zusammen, dass sie 20, 25 Jahre lang das Wort Konjunktur nicht in den Mund nehmen wollten. Auch der Sachverständigenrat hat den Begriff tabuisiert. Jetzt ist auf einmal eine konjunkturelle Situation eingetreten und keiner weiß, wie darauf sachgemäß und angemessen zu reagieren ist. Es hieß immer, Konjunkturprogramme würden nicht helfen. Die seien nur Strohfeuer. Was macht man also? Man greift aus den Konjunkturprogrammen genau die Maßnahmen heraus, die in der Tat irrational sind und nur Strohfeuer verursachen. Gerade jetzt käme es doch darauf an, in längerfristige Infrastrukturen zu investieren und ideologisch die Umsteuerung zu vollziehen, um die Wirtschaft aus der Abhängigkeit von der Industrie und vom Export umzulenken auf Binnenbereiche wie Erziehung, Bildung und Gesundheit. Aber statt Menschen im öffentlichen Dienst anzustellen, damit sie auf der Basis von erwirtschafteten Einkommen ihre Kaufgewohnheiten ändern kön-

*Die tabuisierte Konjunktur*

*Ideologische Umsteuerung ist nötig*

nen, will man ihnen gleichsam ein Papier zum Verbrennen in die Hand geben.

**conturen:** Würden Sie sagen, dass der Staat in der gegenwärtigen Krise versagt hat?

*Der Staat ist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems*

**Hengsbach:** In der Tat muss man feststellen, dass der Staat nicht die Lösung der Finanzkrise ist, sondern Teil des Problems. Es war die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder, die ganz massiv den Umbau des verständigungsorientierten Kapitalismus in diesen angelsächsischen Finanzstil betrieb. Sie liberalisierte die Kapitalmärkte, erklärte die Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen durch Banken für steuerfrei, ließ Hedge-Fonds in Deutschland zu und behandelte Finanzinvestoren steuerlich so privilegiert, dass Gewinne aus Anlagen für Investmentfonds praktisch steuerfrei waren.

*Blühende Finanzmärkte zu Lasten mancher Arbeitnehmer*

Ich würde sogar noch weitergehen und einen Zusammenhang sehen zwischen der gegenwärtigen Finanzkrise und der Krise der Arbeitsverhältnisse seit der Agenda 2010 und den Hartz-IV-Gesetzen. Blühende Finanzmärkte sind nämlich nur möglich, wenn die Einkommens- und Vermögensverteilung tendenziell gespreizt wird. Bei einer ausgewogenen Verteilung der Einkommen und Vermögenswerte hätte ein solches Aufbauschen der Finanzmärkte gar nicht stattfinden können. Durch die Agenda-Politik, die mit dem Umbau der solidarischen Sicherungssysteme und den sozialpolitischen und arbeitspolitischen Maßnahmen einen Feldzug gegen den Sozialstaat darstellte, entstand, was im letzten Armutsbericht zum Teil mit Überraschung festgestellt wurde: ein Anstieg des Armutsrisikos und prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

*Prekäre Arbeitsverhältnisse vergrößern das Armutsrisiko*

Das Armutsrisiko resultiert aus der Arbeitslosigkeit, die ein Prozess des Ausschlusses und der Ausgrenzung mitten in der Erwerbsarbeit ist. Durch diese prekären Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse sowie Arbeit im Billiglohnsektor, die auf gesetzliche Maßnahmen zurückgehen, greift das Armutsrisiko am unteren Rand der Mittelschicht. Das heißt, politisch fahrlässig wurde eine Abwärtsspirale der Einkommen und Vermögen im unteren und mittleren Bereich der Bevölkerung in Gang gesetzt, die die andere Seite jener steigenden Einkommen und Vermögen im oberen Bereich der Bevölkerung darstellt. Damit sind die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Deregulierung der Finanzbeziehungen zwischen Unternehmen und Banken zwei Seiten einer fehlgeleiteten Politik.

*Der Staat soll den Markt im Sinne des Menschen regulieren, nicht im Sinne des Kasinos*

**conturen:** Immerhin erklärte selbst der Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, er glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes und forderte daher „eine konzertierte Aktion von Notenbanken, Anlegern und Regierungen“. Dem gegenüber sagte Jakob von Uexküll, der Gründer des Weltzukunftsrats, kürzlich: „Die Vertreter der freien Marktwirtschaft sind durchaus am Staat interessiert, er soll ihnen ihre fantasievollen, aber völlig intransparenten und für die Gemeinschaft schädlichen Finanzprodukte rechtlich absichern.“ Und er forderte, es sei an der Zeit, dass der Staat den Markt wieder im Sinne der Menschen und der Ökologie reguliere und nicht mehr im Sinne des Kasinos...

**Hengsbach:** Das würde ich auch so sehen. Zunächst einmal kann man ja überrascht sein, dass die Vertreter der Banken einerseits Fehler eingestehen und andererseits von all dem nichts mehr wissen wollen, was sie 20 Jahre lang gepredigt haben: Man müsse auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen. Der schlanke Staat sei der beste aller möglichen Staaten und wenn die Notenbank die Inflation bekämpfe, sei alles in Ordnung. Dann brauche die Wirtschaftspolitik gar nichts mehr zu machen.

*Die Banken wollen von dem, was sie Jahrzehnte lang gepredigt haben, nichts mehr wissen*

Dieses marktradikale Glaubenbekenntnis jetzt aufgegeben zu haben, spricht eigentlich für die Finanzeliten. Nur traue ich ihnen nicht über den Weg. Josef Ackermann mit dieser einzigen Aussage ohnehin nicht, weil er jetzt schon wieder davor warnt, nur ja nicht zu viel zu regulieren. Und Klaus-Peter Müller, dem Chef des Bundesverbands deutscher Banken, traue ich auch nicht. Er sagt zwar, dass die Banken Fehler gemacht hätten – was er vor fünf Jahren angesichts der Asienkrise ebenfalls gesagt hatte, ohne dass daraus Konsequenzen gezogen worden wären –, aber er verliert kein Wort darüber, worin die Fehler bestanden. Stattdessen erklärt er, dass das, was auf den Finanzmärkten gang und gebe sei, der Bevölkerung einfach noch nicht richtig vermittelt worden sei, als gebe es da wieder ein Vermittlungsproblem zwischen dem, was die Eliten wissen und dem, was das allgemeine Volk noch nicht begriffen hat.

*Misstrauen gegenüber den Finanzeliten*

Äußerungen dieser Art geben mir den Eindruck, dass die Bankenvertreter nichts dazugelernt haben. Vor allem haben sie nicht gelernt, dass das gesamte Finanzsystem keine Ware ist wie ein Auto oder eine Eisenbahnfahrkarte, sondern ein öffentliches Gut. Geldwertstabilität und Geldversorgung sind öffentliche Aufgaben. Insofern hat die Finanzwirtschaft nicht nur den privaten Auftrag, Gewinne zu erzielen, sondern auch den öffentlichen Auftrag, dass das Finanzsystem die Lebensqualität und den Wohlstand aller in der Gesellschaft, insbesondere der Armen, hebt. Deshalb können die Bankenvertreter jetzt in der Not nicht einfach nach dem Staat greifen, sondern müssen ihre gesamte Geschäftspraxis darauf ausrichten, dass die Realwirtschaft in Schwung kommt, dass kleine und mittlere Unternehmen Kredite bekommen, damit sie Investitionen tätigen können und dass für die breite Masse der Bevölkerung im Inland Arbeitsplätze geschaffen werden.

*Die Bankenvertreter haben nichts dazugelernt*

*Positives Doping für die Realwirtschaft*

**conturen:** Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die forsche Erklärung des CDU-Politikers Friedrich Merz? In seinem kürzlich erschienenen Buch „Mehr Kapitalismus wagen“ schreibt er: „Der Markt ist sozial und der Kapitalismus gerecht.“

**Hengsbach:** Das hat er von den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Friedrich August von Hayeks übernommen, der sich wiederum auf Ludwig Erhard beruft. Dahinter steht die Annahme, dass ein Wettbewerb auf den Märkten herrscht und die Konsumenten und Produzenten fair behandelt werden. Unter diesen Voraussetzungen könnte man der Aussage zustimmen. Für Hayek gehören zum Wettbewerb noch ganz wesentlich die Garantie des Privateigentums sowie die Vertragstreue. Diese Institutionen nimmt der Markt in Anspruch. Sie können aber nicht von ihm hergestellt

*Der Markt ist nur sozial, wenn dort Fairness herrscht*

*Die Gesellschaft braucht ein gewisses Maß an Moral*

werden, sondern nur von der Gesellschaft. Diese muss ein gewisses Maß an Moral mitbringen, dass man einander vertraut, Verträge eingehalten werden und das, was einem gehört, nicht durch Beliebigkeit geraubt werden kann.

Auch sollte man hinter den etwas fetzigen Formulierungen von Friedrich Merz die Unterscheidung berücksichtigen, die in der Katholischen Soziallehre immer eine große Rolle gespielt hat: Man könnte den Kapitalismus als ökonomisches Funktionsgerüst ansehen. Der markwirtschaftliche Wettbewerb, wenn er im Rahmen der gesellschaftlichen Orientierung stattfindet, dann die kapitalintensive Technik und die elastische Geldversorgung, die die ungeheure Dynamik des Kapitalismus hervorgerufen haben, und die private autonome Organisation der Unternehmen lassen sich, auch wenn sie jeweils ihre Schattenseiten haben, mehr oder weniger wertneutral betrachten. Das beim Kapitalismus aber nicht zu unterschlagende Merkmal sind die Machtverhältnisse: Eine Minderheit, die über die Produktionsmittel verfügt, steuert die Wirtschaft in ihrem Interesse. Man könnte zu den Produktionsmitteln auch andere Ressourcen wie Bildung, gesellschaftliche Rangstellung oder informelle Netzwerke dazunehmen, die der Mehrheit der Bevölkerung, die nur ihr Arbeitsvermögen besitzt, nicht zur Verfügung stehen.

*Eine Minderheit steuert die Wirtschaft in ihrem Interesse*

*Im Unternehmen haben nicht die Mitarbeiter, sondern die Aktionäre das Sagen*

Diese Schieflage der Machtverhältnisse führt dazu, dass in den Unternehmen nicht die Belegschaften das Sagen haben, sondern die Aktionäre oder die Manager in deren Auftrag. Auf dem Arbeitsmarkt führt sie dazu, dass diejenigen, die in abhängiger Arbeit stehen, erst dann auf gleicher Augenhöhe mit dem Arbeitgeber verhandeln können, wenn sie sich solidarisch zusammenschließen. Auf den Gütermärkten führt sie dazu, dass die Angebotsseite in der Regel eine bessere Position inne hat als die Verbraucherseite. Und auf dem Finanzmarkt führt sie dazu, dass eine Nahtstelle zwischen der Realwirtschaft und der monetären Sphäre, nämlich das Bankensystem, über die Geld- und Kreditschöpfungsmacht verfügt. Angesichts dieser Schieflagen wirtschaftlicher und vor allem gesellschaftlicher Macht darf man nicht mehr Kapitalismus wagen, sondern muss, wie Pater von Nell-Breuning immer forderte, den Kapitalismus umbiegen von der Proklamation der Menschenrechte und der Gleichheit her und einen Machtausgleich herstellen.

*Die Schieflagen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht*

**conturen:** Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer „Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft“? Ist das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, wie es in der Nachkriegszeit für die Bundesrepublik entwickelt wurde, heute noch tragfähig?

*Die Verklärung der sozialen Marktwirtschaft*

**Hengsbach:** Man muss es entkleiden von dieser träumerischen Perspektive, in die es oft hineingerät, wenn man es als Glaubensüberzeugung vor sich herträgt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war man sich darüber einig: nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur, nie wieder Kapitalismus. Aus dieser Option heraus wurden die Komponenten des sozialen Ausgleichs in die Marktwirtschaft der Bundesrepublik eingefügt. Das bedeutete, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit immer mit der sozialen Korrek-

*Die Bedeutung der Tarifautonomie*

tur verbunden war. Auch diejenigen, die nicht erwerbstätig waren, sollten ein menschenwürdiges Dasein führen können. Hinzu kam – und das ist die Schlüsselgröße des sozialen Ausgleichs –, dass in der Erwerbsarbeit die primäre Verteilung der unternehmerischen Wertschöpfung durch die Tarifautonomie stattfand, dass also die gesetzliche Tarifbindung staatlich gefördert wurde und nicht wie in den letzten 20 bis 25 Jahren schlecht geredet wurde zugunsten betrieblicher Regelungen. Dahinter stand auch der Schutz der abhängig Beschäftigten gegen die Vermarktung der Arbeit durch das Arbeitsrecht.

*Lebensunterhalt in Zeiten der Not sollte den Lebensstandard absichern*

Die sekundäre Vermögensverteilung erfolgte durch solidarische Sicherungssysteme über den Sozialstaat. Diese Sicherungssysteme sollten den Lebensunterhalt der abhängig Beschäftigten in Zeiten der Not gewährleisten und zwar nicht auf der Basis eines Existenzminimums, sondern der Lebensstandardsicherung. Deshalb erfolgte die Dynamisierung der Renten, die Betriebsverfassung und die Mitbestimmung im Unternehmen. Das waren alles rechtliche Komponenten, die die Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg sowie an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen innerhalb und außerhalb der Unternehmen gewährleisten sollten.

*Ein kooperatives Modell zwischen Staat, Wirtschaft und Wohlfahrt*

Wenn man das als Soziale Marktwirtschaft versteht und um eine Analyse der Machtverhältnisse erweitert, dann stimmt die Soziale Marktwirtschaft mit dem überein, was Michel Albert den „Rheinischen Kapitalismus“ nannte. Dieser war ein kooperatives, verständigungsorientiertes System zwischen Banken und Unternehmen, zwischen Staat, Wirtschaftsverbänden und Wohlfahrtsverbänden, in dem nicht nur die wirtschaftliche Leistung zählte, sondern diejenigen, die erwerbstätig waren, ein Volkseinkommen erwirtschafteten, das sowohl für ihren Lebensunterhalt, als auch für den Lebensunterhalt derer, die die gesellschaftlichen Vorleistungen einbrachten, reichte. Dahinter steht die Vorstellung, dass nicht die Produktivität in der so genannten Erwerbswirtschaft die Ursache der Einkommen ist, die in anderen Bereichen gezahlt werden, sondern dass umgekehrt in den so genannten weichen Sektoren, der öffentlichen Infrastruktur, der Erziehungstätigkeit der Frauen, dem Bildungs- und Gesundheitssystem, die gesellschaftlichen Vorleistungen erbracht werden, die am Ende die wirtschaftliche Tätigkeit so produktiv machen.

*Vorwegnahmen der Produktivität*

**conturen:** Aber von diesem klassischen marktwirtschaftlichen Modell ist nicht mehr viel übrig geblieben.

*In der BRD verwirklichte Schröder das, was Lamsdorff gefordert hatte*

**Hengsbach:** Nein, seit Mitte der 70er-Jahre ist es gleitend erodiert und dann verstärkt seit der deutschen Einigung. Ich würde diesen Prozess an dem Tietmeyer-Lambsdorff-Papier vom 9. September 1982 festmachen, das von Bundespräsident Horst Köhler tatsächlich in diesem historischen Zusammenhang gesehen wurde. Köhler bezeichnete Schröder und Lamdsdorff vor ein paar Jahren als die beiden herausragenden Gestalten der bundesrepublikanischen Reformpolitik, weil Schröder mit den sozialpolitischen Gesetzen das verwirklichte, was Lamdsdorff gefordert hatte.

**conturen:** Welchen Handlungsrahmen bietet die Katholische Soziallehre angesichts einer so umfassenden Krise wie der gegenwärtigen zur Lösung?

*Eine Option für die Schwächeren und Benachteiligten*

**Hengsbach:** Sicher gehört zur Katholischen Soziallehre, wenn man die römischen Sozialverkündigungen der vergangenen Jahre nimmt, immer eine äußerst kritische Einstellung gegenüber dem Kapitalismus sowie den Schieflagen und asymmetrischen Machtverhältnissen in der Gesellschaft. Die Option für die Schwächeren und Benachteiligten wächst aus der Einstellung, dass Gerechtigkeit in erster Linie etwas mit Gleichheit zu tun hat und dass diese Schieflagen von Machtverhältnissen nicht den Vorstellungen einer gleichen Gesellschaft entsprechen.

*Erwerbsarbeit, nicht Spekulation als Mittelpunkt der Wertschöpfung*

Zum anderen muss man aus der Katholischen Soziallehre folgern, dass die Erwerbsarbeit eines jeden Menschen der Gesellschaft in den Mittelpunkt der Wertschöpfung gestellt wird und nicht die Spekulationen auf den Finanzmärkten. Spekulationen werden nicht grundsätzlich verworfen, aber wenn sie als Ausgleich von Preisschwankungen anerkannt werden sollen, dann müssen sie auch im Dienst der Realwirtschaft und jener Menschen stehen, die Arbeit brauchen, um ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Finanzmärkte und Finanzwirtschaft im Dienst von realem Wachstum und hohem Beschäftigungsgrad – dieses Ziel kann nicht den einzelnen Finanzunternehmen auferlegt werden, sondern dazu gehört auch die staatliche Rahmensetzung, die die Finanzmärkte so kontrolliert, dass diese ihre Dienstfunktion gegenüber der realen Wirtschaft ausüben können.

*Unternehmen sind keine Kapitalanlagen in den Händen von Aktionären*

Das bedeutet, dass Unternehmen nicht als Kapitalanlage in den Händen von Aktionären betrachtet werden, sondern als Personengemeinschaften, bestehend aus Belegschaften, Managern, Kunden, der Gemeinde, in deren räumlichem Gebiet das Unternehmen sich befindet, der Gesellschaft und dem Staat. Sie alle gehören zum Unternehmen, weil sie sich dafür engagieren, was in diesem geschieht. Und diese Vorleistungen, die in das Unternehmen hineinfließen, wie die Erziehungstätigkeit oder die Leistungen des Bildungs- und Gesundheitssektors, die das Unternehmen in Anspruch nimmt, oder die Natur, müssen gewürdigt werden und sollten eigentlich auch entsprechend vergolten werden.

**conturen:** Reinhard Marx, der Bischof von München, ruft in seinem Buch „Das Kapital“ zu einer „gesellschaftlichen Grundsatzdebatte“ auf. Was müsste in einer solchen Debatte vorrangig verhandelt werden?

*Arbeitslosigkeit ist der größte Skandal und ein Verschleiss kostbarer Ressourcen*

**Hengsbach:** Das Wichtigste wäre, dass wir in der Erwerbsarbeit den Schlüssel für gesellschaftliche und wirtschaftliche Einbindung sehen. Arbeitslosigkeit ist der größte Skandal und vor allem ist sie ein unverantwortlicher Verschleiß von kostbaren Ressourcen, gerade bei Jugendlichen. Ein Ende der Arbeitsgesellschaft ist nicht in Sicht. Wir leben in Deutschland unter unseren Verhältnissen. So viele vitalen Bedürfnisse werden nicht befriedigt: Gelingende Partnerschaften kommen nicht zustande. Menschen wünschen sich ein Zusammenleben mit Kindern und haben angesichts des massiven Drucks, der auf ihre Zeit ausgeübt wird, keine Mög-

lichkeit, diesen Wunsch zu realisieren. Öffentliche Aufgaben, die dringend notwendig wären, werden nicht erfüllt.

*Dringend nötige öffentliche Aufgaben werden nicht erfüllt*

Die Verbesserung der Lebensqualität, eine größere Zeitsouveränität, kann nur durch mehr Arbeit erreicht werden, aber nicht durch die Mehrarbeit der Gruppe, die jetzt erwerbstätig ist, sondern durch eine andere Verteilung der Arbeit. Das wäre die Frage der Geschlechterdemokratie, eine ganz drängende Frage. Wenn die Frauen mehr und mehr in die Erwerbsarbeit drängen, müssen die Männer in die private Erziehungsarbeit gedrängt werden. Auch müsste die Arbeit an den Menschen eine stärkere Gewichtung erfahren. Zum einen in finanzieller Hinsicht, dass etwa Erzieherinnen über ein Einkommen verfügen, das zumindest dem eines Bankangestellten entspricht. Zum anderen aber auch in dem Sinne, dass mehr Menschen in diesem sensiblen Humanbereich wie Bildung, Gesundheit und Kultur angestellt werden. Und wenn die Privatwirtschaft das nicht organisieren kann, dann muss der Staat das übernehmen und den entsprechenden Anteil am Volkseinkommen dafür beanspruchen.

*Wenn Frauen mehr in die Erwerbsarbeit drängen, müssen Männer mehr private Erziehungsarbeit leisten*

*Arbeit an Menschen abgelten*

**conturen:** Wie erklären Sie sich die über wohlfeile Ermahnungen an die Adresse der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu mehr Solidarität und Gerechtigkeit nicht hinausgehende Zurückhaltung der christlichen Kirchen?

**Hengsbach:** An sich erwarten viele von den Kirchen ein eindeutiges Wort, ein gemeinsames Wort. Dagegen spricht aber, dass die Kirchen befangen sind, weil sie von den gesetzlich geleiteten Systemen der Entrechtung und Verarmung mehr oder weniger profitieren. Als Arbeitgeber lassen sie nicht zu, dass ihre Mitarbeiter sich so organisieren, dass sie auf gleicher Augenhöhe über Arbeitsbedingungen verhandeln können. Das zeigt sich jetzt an dieser misslichen Situation, in der das Arbeitsministerium und die Gewerkschaften versuchen, Mindestlöhne im Pflegebereich auszuhandeln. Die Kirchen legen größten Wert darauf, dass sich diese Mindestlöhne nicht an Tarifverträgen orientieren, weil sie in ihrem Bereich keine Tarifverträge zulassen.

*Die Kirchen profitierten von dem System der Entrechtung und Verarmung…*

Da sieht man, welche beschämende Einstellung die Kirchen weiterhin aufrechterhalten. Sie gewähren ihren Mitarbeitern nicht die Rechte, die notwendig wären, damit in den kirchlichen Einrichtungen gerechte Löhne gezahlt werden. Zum anderen haben Caritas und Diakonie den Hartz-Gesetzen und vor allem Hartz IV und den Ein-Euro-Jobs wohlwollend zugestimmt und auch eine hohe Zahl solcher Jobs angeboten. Damit tragen sie dazu bei, dass Beschäftigungsgelegenheiten geschaffen werden, die es den Menschen nicht ermöglichen, ein Leben oberhalb der Armutsgrenze zu führen.

*…weil in den kirchlichen Einrichtungen keine gerechten Löhne gezahlt werden*

**conturen:** Würden Sie sagen, dass die Abhängigkeit von den Vorzügen, die der Staat ihnen bietet, die Kirchen in ihrer Kritik zurückhaltender werden lässt?

**Hengsbach:** Ich würde das Problem eher in der Körperschaftsform sehen, in der sich die beiden Großkirchen in Deutschland etabliert haben. Sie sind „Staatsapparate“. Das drückt sich in der Abhän-

*Kirchen sind „Staatsapparate“*

*Die Entlohnung von Bischöfen durch den Staat ist anachronistisch*

gigkeit ihrer Steuereinnahmen von der jeweiligen Finanzpolitik des Staates, aber auch in vielen anderen Staatsleistungen aus wie etwa der, dass in manchen Ländern die Bischöfe vom Staat bezahlt werden, was Teil einer Entschädigung von vor Hunderten von Jahren ist, aber heute völlig anachronistisch daherkommt. Auch dass die Kirchenleute ihre Freunde und Kameraden in den politischen und wirtschaftlichen Eliten sehen und mit ihnen den Schulterschluss üben, macht sie befangen, das, was auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene in den Führungsetagen diskutiert wird, fundamental zu kritisieren.

**conturen:** Wie bewerten Sie Ihren Einfluss auf das wirtschafts- und sozialethische Denken und Handeln der Katholischen Kirche in Deutschland?

*Ein Netzwerk für soziale Bewegungen, das bewusstseinsbildend wirken will*

**Hengsbach:** Die Wirksamkeit eines einzelnen Lebens und dessen Engagement in der Öffentlichkeit zu beurteilen, ist äußerst schwierig. Das Nell-Breuning-Institut unter meiner und ebenso unter der Leitung meines Nachfolgers versucht, seinen Einfluss nicht direkt über die Beratung von politischen Gremien oder staatlichen Organen und auch nicht über die Beratung von Bischöfen geltend zu machen, sondern ist bestrebt, in der Vernetzung mit gesellschaftlichen Gruppen, sozialen Bewegungen vor allem, Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, ein Bewusstsein zu schaffen, das dann auf politische Entscheidungen Einfluss nimmt. Und in den letzten Jahren hat sich doch einiges verändert.

*Das Volk hat sich nicht verwählt, sondern dem Duo Merkel-Westerwelle keine Chance gegeben*

Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ brachte diese Veränderung so zum Ausdruck, dass die bundesrepublikanische Demokratie gelernt habe, eine Krabbelstube der Fünfparteienlandschaft einzurichten. Das war die Reaktion auf diese etwas fahrlässige Deregulierung der Arbeits- und Finanzverhältnisse durch die rot-grüne Koalition in der zweiten Phase. Die Montagsdemonstrationen in Magdeburg, die Arbeitsloseninitiativen und die Existenz der Partei Die Linke trugen zum Wahlergebnis von 2005 bei. Die Arbeitgeber erklärten, das Volk habe sich verwählt. Es hat sich nicht verwählt, sondern es hat dem schwarz-gelben Bündnis von Angela Merkel und Guido Westerwelle keine Chance gegeben und auch dafür gesorgt, dass Schröders Agenda-Politik nicht mehr weitergeführt wurde.

*Selbstbewusstsein bei den Gewerkschaften, Verständnis für Streiks bei der Bevölkerung*

Wenn man sieht, was Angela Merkel in der Großen Koalition alles vergessen hat von dem, was auf dem Leipziger CDU-Parteitag 2003 beschlossen wurde, und wie sie versucht, sozialer Gerechtigkeit zwar nicht offen, aber hinter vorgehaltener Hand politisch Raum zu geben, dann kann man doch eine enorme Veränderung feststellen. Die Gewerkschaften treten mit einem ganz anderen Selbstbewusstsein auf und die Streiks fanden sogar in der Bevölkerung Zustimmung. Das sind Phänomene, die es vor fünf oder zehn Jahren so nicht gab und die man sich auch kaum vorstellen konnte. So ist durch die Finanzkrise die Gesellschaft aufgewacht. Sie hat erkannt, dass das, was uns 20 Jahre lang durch bürgerliche Eliten, Wirtschaftsexperten und politische Akteure eingeredet wurde, eine große Legende war. Das sehe ich schon als Bestäti-

gung dessen, was wir vor fünf Jahren erklärt haben und was mir am Herzen lag.

**conturen:** Finden Sie es nicht dennoch verwunderlich, dass es trotz der sozialen Lage bis jetzt nicht zu massiven Protesten gekommen ist?

*Der glückliche Rest des kooperativen Kapitalismus*

**Hengsbach:** Das hängt natürlich mit dem glücklichen Rest des kooperativen Kapitalismus zusammen, der in Deutschland einfach nicht ausgetrieben werden konnte. Es gibt doch erhebliche Institutionen, die sicher verkrustet wirken, andererseits aber relativ flexibel reagieren können. Noch nie gelang es bisher, dass eine soziale Bewegung so schnell ins Parlament sprang, wie das jetzt durch die Arbeitsloseninitiativen und die Partei Die Linke der Fall war. Die Grünen brauchten erheblich mehr Zeit und die Arbeiterbewegung erreichte das nur durch den Ersten Weltkrieg. Insofern ist durchaus eine Lernbereitschaft zu beobachten. Auch ermutigt es viele Menschen, dass die Eliten in ihren theoretischen Annahmen und politischen Vorstellungen durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt wurden. Das lässt hoffen, dass sich die Lernbereitschaft nicht wieder verflüchtigt.

*Die Eliten wurden durch die tatsächlichen Entwicklungen widerlegt*

Erstaunlich ist, was innerhalb kurzer Zeit geschehen ist: Der Sachverständigenrat fordert ein massives Konjunkturprogramm, obwohl er seit 20 Jahren das Wort „Konjunktur“ nie erwähnt hat. Der Staat fühlt sich robust genug, finanzielle Mittel bereit zu stellen. Und das Bekennerhafte der Marktradikalen und Wirtschaftsliberalen ist erst mal abgetaucht. Ich bin skeptisch, ob das so bleiben wird. Dass eine wirklich grundlegende Konversion der Wirtschaftspolitik folgen wird, ist noch ungewiss. Das wäre nur gesichert, wenn nicht nur eine neue Finanzarchitektur aufgebaut wird, sondern auch die reale Wirtschaft im Hinblick auf Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt umgebaut wird. Daran könnte man messen, ob all diejenigen, die jetzt sagen, sie hätten Fehler gemacht, wirklich lernbereit sind.

*Nur ein Umbau der realen Wirtschaft würde Lernbereitschaft beweisen*

**conturen:** Wenn wir den Wachstumszwang, die rücksichtslose Ausbeutung der Naturressourcen, die permanent steigende Rüstungsproduktion sowie die rapide Zunahme von Armut und Hunger in der Welt in den Blick nehmen, sehen Sie dann irgendwelche Ansätze zu einer Neuausrichtung politischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen?

*In Krisenzeiten werden Gefahren der Wirtschaft leicht ignoriert*

**Hengsbach:** Dass das Bewusstsein für die Risiken und Gefahren unserer Wirtschaftsform gewachsen ist, bestätigen die Diskussionen der letzten Jahre über den Klimawandel und über ernsthafte Maßnahmen des Klimaschutzes. Nur, sobald die Autoindustrie, die erheblichen Anteil an dieser klimazerstörenden Wirtschaftsform hat, schreit, werden alle Bedenken und Vorsätze vergessen, dann sollen Autos gekauft werden. Oder wenn die Rezession sich verschärft, dann muss der Konsum angekurbelt werden. Das lässt natürlich an der Lernbereitschaft und Lernfähigkeit zweifeln. Man kann nicht erst den Banken wieder die alten Geschäfte ermöglichen und dann nach der Finanzarchitektur greifen. Insofern sind diese Reaktionsmechanismen, die jetzt als Konjunkturprogramme oder Rettungspakete geschnürt werden, in sich widersprüchlich.

*Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sollten Leitlinien der Wirtschaft sein*

Der Rahmen, in dem sich all unser Wirtschaften, auch das wirtschaftspolitische Intervenieren gestalten müsste, wäre, was damals der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung formuliert hatte. Dazu gehört, dass wir den Waffenexport und die Rüstungsproduktion massiv einschränken, auch wenn dadurch Arbeitsplätze vernichtet werden, dass wir Gerechtigkeit realisieren müssen für die ganze Welt, dass wir nicht Techniken entwickeln, die den Wohlstand der Menschen gefährden statt zu schaffen, und dass wir nur solche Produkte und Techniken zulassen, die die Natur schonen. In der konkreten Praxis allerdings fällt es den Politikern schwer, partikuläre Ansprüche und Notrufe zurückzuweisen und nur das zu tun, was vor jedem auf der Welt vertretbar ist. Das wäre Gerechtigkeit, dass die Verhältnisse, in denen wir leben, vor den Benachteiligten gerechtfertigt werden können.

*Rechtfertigung vor den Benachteiligten*

**conturen:** Rechnen Sie damit, dass die gegenwärtige Krise noch lange andauern und sich weiter verschärfen wird?

*Der Umbruch in den Schwellenländern hat erst begonnen*

**Hengsbach:** Die Kettenreaktion aus dem Kern der Weltwirtschaft in die anderen Länder der Triade befindet sich in vollem Gange. Aber was die Auswirkungen auf die Randgruppen in der Weltgesellschaft, auf die Schwellenländer und die am wenigsten entwickelten armen Länder betrifft, so haben diese gerade erst begonnen und es ist kein Ende abzusehen. Auch darf man nicht erwarten, dass die afrikanischen Länder ökologisch verantwortlich und gerecht ihre Wirtschaft umkrempeln. Das muss in den Kernzentren geschehen. Ich hatte jedenfalls die Hoffnung, dass dieser Prozess langsam in Gang kommt und eine Richtung einschlägt, die die vergangenen Fehler nicht wiederholen lässt.

*Es wird sich etwas bewegen, aber lange dauern, bis es die richtige Richtung nimmt*

Als ich Pater von Nell-Breuning im hohen Alter fragte, was ihn in seinem Leben am meisten beschäftigt habe, erwiderte er, dass es unendlich lange dauere, bis sich in der Gesellschaft etwas bewege. Aber ich glaube, er hatte die Zuversicht, dass sich etwas bewegt, und für mich kann ich auch sagen: Ich habe die feste Erwartung, dass sich etwas bewegt, auch wenn es unendlich lange dauert, bis es die richtige Richtung genommen hat.